

Smoke Free Revolution

Am 31. Mai war es wieder soweit. Am "Welttag ohne Tabak" wurden wieder alle RaucherInnen des Planeten wahlweise zu bemitleidenswerten Junkies oder zu Giftmülldeponien erklärt. Dass Rauchen ungesund ist und Lungen-, Speiseröhren- und Zungenkrebs verursachen kann, weiß heute jedes Kind. Dass dies die wenigsten davon abhält, sich eine Kippe zu gönnen, zählt zu den großen Rätseln der Menschheitsgeschichte ... "Arbeitsplätze konsequent zur rauchfreien Zone deklarieren!", fordern daher mit ungewohnter Radikalität die Luxemburger Grünen. Ihre Offensive verschont die hiesige wie die internationale Tabakindustrie und hat es auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber abgesehen, deren Arbeitsumfeld immer noch nicht hundertprozentig rauchfrei ist. Die Grünen verlangen ein noch weitergehendes Nichtrauchergesetz, wobei sie sich auf die guten Erfahrungen beim Rauchverbot in Restaurants stützen. Mit ihrer Themenwahl wagt die Ökopartei allerdings einen Alleingang: Die diesjährige Ausgabe des internationalen Nichtrauchertages konzentrierte sich nämlich auf Privaträume und forderte die RaucherInnen dazu auf, aus Rücksicht auf Familie und Nachwuchs das Rauchen zu Hause einzustellen.

A débattre: Ingénierie tissulaire

Le 23 mai, la commission de la santé et de la sécurité sociale a conclu par un rapport ses travaux sur le projet de loi "relatif aux tissus et cellules humains destinés à des applications humaines". Celui-ci transpose en droit luxembourgeois la directive 2004/23/CE du Parlement européen et du Conseil relative à l'établissement de normes de qualité et de sécurité pour le don, l'obtention, le contrôle, la transformation, la conservation, le stockage et la distribution des tissus et cellules humains. Il s'agit de promouvoir l'ingénierie tissulaire capable de produire des organes in vitro, afin de compenser la rareté des dons d'organes et d'améliorer le traitement de certaines maladies cardio-vasculaires ou neurogénéralives. La loi s'applique entre autres aux cellules reproductrices, aux tissus et cellules fœtaux et aux cellules souches adultes et embryonnaires. Ceci a suscité de vives critiques de la part du Conseil d'Etat, qui recommande de se limiter dans le présent projet à la transposition de la directive et de ne pas y introduire des règles spécifiques à la procréation médicalement assistée. Il invite le gouvernement à prévoir une réglementation plus détaillée en matière de bioéthique et de biomédecine. En effet, le Luxembourg ne dispose pas de législation en cette matière, et un large débat sociétal concernant les options à prendre, fait défaut à ce jour. Cela semble d'autant plus important que des activités de procréation médicalement assistée et de recherche dans ce domaine se pratiquent déjà au Centre hospitalier de Luxembourg et au CRP-Santé.

Peut mieux faire

C'est un bilan mi-figue, mi-raisin. Un bon mois après la tenue de la Conférence nationale pour étrangers (CNE), six associations oeuvrant dans le domaine de l'immigration (Asti, Sesopi, Amitiés Portugal-Luxembourg en plus des confédérations respectives des organisations portugaises, espagnoles et capverdiennes) ont publié une prise de position commune. Déplorant qu'il n'ait pas été donné plus de suites aux travaux des assises précédentes de la CNE, les six signataires ont néanmoins relevé la présence de quatre membres du gouvernement, ce qui "n'est pas rien". Mais ils n'en restent pas moins critiques: ainsi, les six rappellent que le ministre de l'intérieur n'a pas évoqué une profonde réforme des commissions consultatives pour étrangers alors que le CNE avait déjà soumis un projet de réforme au gouvernement. Ils regrettent aussi que le Luxembourg continue de déroger à certains articles du traité de Maastricht qui accordent le même accès au droit de vote des communautaires dans chaque Etat membre. Si le ministre de l'immigration a avoué être sous pression dans la transposition des directives européennes en matière de statut des ressortissants étrangers, les signataires constatent que "le Grand-Duché traîne les pieds, (...) et ne se laisse guère impressionner par des condamnations de la Cour de justice des communautés européennes."

Die Bahngewerkschaften in Luxemburg wollen die Sicherheit im öffentlichen Transport optimieren. Inspirieren will man sich am Schweizer Sicherheitskonzept. Wir unterhielten uns mit Werner Rüegg von den schweizerischen Bundesbahnen.

(Foto: SBB)

**TRANSPORT**

Keine Türsteher-Ambosse

woxx: Von Mai 2005 bis November 2006 wurden nach Angaben der Luxemburger Bahngewerkschaften rund 265 gefährliche Zwischenfälle, 365 Akte ungebührlichen Benehmens und 160 Fälle von Vandalismus im öffentlichen Transport registriert. Wie stellt sich die Situation in der Schweiz dar?

Werner Rüegg: Obwohl die Schweiz nicht in der EU ist, sind wir in puncto Liberalisierung meistens schneller. Diese Liberalisierung sowie die Automatisierung in den Bahnhöfen hat dazu geführt, dass Zugpersonal im Schienenverkehr abgeschafft wurde. Zunehmend entstanden so genannte Geisterbahnhöfe. Außerdem kam es immer häufiger zu Sachbeschädigungen sowie zu Belästigungen von Fahrgästen und Bahnpersonal. Hier spielt sicher auch eine Rolle, dass an vielen Bahnhöfen jene 24-Stunden-Läden eröffnet haben, die rund um die Uhr Alkohol verkaufen, was zu Problemen geführt hat. Damals haben die Gewerkschaften gesagt, dass etwas passieren muss, da die Fahrgäste sich in den Zügen nicht mehr sicher gefühlt haben. So haben die Schweizerischen Bundesbahnen sich mit einer privaten Bewachungsfirma zusammengetan. Diese deckt den ganzen Sicherheitsbereich des Transportsektors ab - von den Sicherheitsdiensten bei Gleisarbeiten über die Bewachung der Bahnhofsgebäude bis hin zur Bahnpolizei.

Wie gestaltet sich die Ausbildung dieser Bahnpolizei?

Öffentlicher Verkehr fordert eine gute Qualität in puncto Ausbildung. Wir wollten keine Türsteher-Ambosse wie man sie von Diskotheken her kennt. Die privaten Bahnpolizisten besuchen eine Polizeischule. Allerdings ist die Rechtsgrundlage der Bahn-

polizei noch nicht ganz abgesichert. Der Staatsanwalt hat sich eingeschaltet, um zu klären, inwieweit private Bahnpolizisten Festnahmen und Leibesvisitationen vornehmen dürfen. Denn bisher hat die private Bahnpolizei das ohne rechtliche Grundlage gemacht, wobei anschließend die staatliche Polizei eingeschaltet wurde, weil nur sie Verweise auf Bussen aussprechen oder einen Täter inhaftieren kann. Das heißt, nach wie vor ist ungeklärt, welche Polizei was machen darf. Eine gesicherte Rechtsgrundlage soll im Rahmen des neuen Eisenbahngesetzes geschaffen werden.

Umfasst diese Polizeiausbildung auch zivile Aspekte?

Die Bahnpolizei hat die Aufgabe, im öffentlichen Verkehr für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Aber sie soll auch Kundendienste erfüllen. Sie wurden speziell für Fahrplanauskünfte geschult und fungieren als Begleiter bei Fahrkartenkontrollen. Insgesamt nimmt die Bahnpolizei vielfältige Aufgaben wahr: Patrouilleneinsätze vor Ort, Präsenz in Zügen, Überwachung der Bahnareale, Personenkontrollen, Festnahmen, aber auch Beschlagnahme von unerlaubten Gegenständen wie Drogen oder Waffen, Überführung an örtliche Behörden, Absperrungen bei Störungen, Evakuierung und Rettung sowie Begleitung und

Betreuung von Kunden im öffentlichen Verkehr.

Personal in Uniform - fördert das nicht eher Aggressionen?

Klar gibt es immer wieder Aggressionen. Trotzdem haben wir bemerkt, dass der Respekt bedeutend geringer war, wenn die Fahrkartenkontrollen von Personal ohne Uniform durchgeführt wurden. Die Bahnpolizei muss ja nicht mit Kampfhund oder mit Helm und Schild bewaffnet auftreten. Das Personal trägt Polizeikleidung und tritt immer zu zweit oder zu dritt auf. Allerdings verfügt die Bahnpolizei nicht über Schusswaffen - das haben wir auch aus gewerkschaftlicher Sicht so verlangt. Wir sind der Meinung, dass die Bahnpolizei eher eine Überwachungsfunktion hat als jene, Schwerkriminelle zu verhaften.

Gab es eine Evaluierung dieses Sicherheitskonzeptes?

Das Ganze ist noch immer im Aufbau. Aus Gewerkschafter-sicht ist das Konzept erfolgreich und notwendig, weil es zu einer gesellschaftlichen Veränderung gekommen ist, viele wissen nicht mehr was Rücksichtnahme und Anstand bedeuten. In der Schweiz hat man eine ganze Reihe von Präventionsmaßnahmen entwickelt. So wurden seit Dezember 2005 Nichtraucherzüge eingeführt. Dies hat zu einer

Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Fahrgäste geführt. Auch haben wir bemerkt, dass besser gereinigte Züge dazu beitragen, dass sich die Fahrgäste sicherer fühlen. So werden versprayed Zugwaggons schnellstmöglich ausgewechselt, auch verschmutzte Bahnhöfe werden sofort gereinigt.

Inwiefern wird das Personal nach Übergriffen unterstützt?

Neu ist, dass ein Angriff auf einen Angestellten im öffentlichen Verkehr als Officialdelikt gilt und von Amts wegen verfolgt werden muss. Früher konnte man lediglich als Privatperson Anzeige erstatten. Mittlerweile kann das Personal auch Kurse besuchen, um zu lernen, wie man auf Aggressionen reagiert. Die Kurse sollen das Selbstvertrauen stärken. Jene, die ein traumatisches Erlebnis hatten, können von Vorgesetzten an Beratungsstellen weitervermittelt werden. Betroffene können sich auch an die Gewerkschaften wenden.

Wie beurteilen Sie die Problematik in Luxemburg?

Ich finde es problematisch, wenn eine Bahnpolizei ohne rechtliche Grundlagen aufgebaut wird. Das kommt einem zahnlosen Tiger gleich. Die Bahnpolizei sollte Festnahmen machen dürfen. Auch die Polizeiorgane müssen über ihren eigenen Schatten springen und dürfen die private Bahnpolizei nicht länger als Gegnerin betrachten, die ihnen die Arbeit wegnimmt. Aus meiner Sicht kann der Sicherheitsdienst im öffentlichen Verkehr nicht von der örtlichen Polizei übernommen werden, da es sehr spezifische Aufgaben sind.

Christiane Walerich

Zur Person:

Werner Rüegg arbeitet seit 26 Jahren bei den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB). In dieser Zeit war er an verschiedenen Bahnhöfen in den Bereichen Güterverkehr, Fahrkartenverkauf, Personaleinteilung und Fahrdienst tätig. Seit 2000 ist er in der Personalkommission Infrastruktur der SBB angestellt und arbeitet unter anderem als Zugverkehrsleiter im Fernsteuerzentrum in St. Gallen. Seit 1991 gehört er zum Vorstand der christlichen Gewerkschaft transfair. Er spricht auf einer Konferenz organisiert von der FCPT-Syprolux.

Konferenz: "Agressions dans les trains et autobus" am 5. Juni um 17.30 Uhr im Centre Convict, 5, avenue Marie-Thérèse.